

Riesauer Tageblatt

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Heftz. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen gehördlicherweise bestimmte Blatt.

Postgeschäftsamt
Dresden 1530.
Girokasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 180.

Mittwoch, 5. August 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufstellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsversteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Er scheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Stellsatzzeile 100 Gold-Pfennige; zeitrauber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Beste Tarife. Gewährter Rabatt erhält, wenn der Betrag versetzt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Aufraggerbeit in Conturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Uchtländige Unternehmungsbeteiligung erlaubt an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg aus sonstigen irgendwelchen Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verförderungs einrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Der Reichskanzler berichtet. Reichsaufsicht über die Banken geplant.

Tschiang Kai-shefs Sieg über die Roten.

Das Wort „Verfassung“, das im neunzehnten Jahrhundert und auch noch in den ersten zehn Jahren dieses zwanzigsten einen fast heiligen Klang hatte, scheint ihn in der gegenwärtigen Periode und besonders seit dem Weltkrieg vollständig einzubüßen. An die Stelle der Verfassungssatzel treten in vielen Ländern mehr und mehr Maschinengewehre, Tanks und Fliegerbomben. In China, das eine wunderbare gebaute Verfassung mit allen möglichen Einrichtungen zur Sicherung der Volksrechte hat, regieren eine Anzahl Soldaten, die sich Marschälle nennen und die die tatsächlichen Machtpositionen durch Anwendung von Gewalt teils begründen, teils fortwährend ändern. Was nicht unmittelbar durch Gewalt gemacht wird, wird durch Bestechung erledigt. Es gibt unter den Marschällen sehr verlässliche Gestalten; der mutigste und interessanteste ist Tschiang Kai-shek, zweifellos ein Mann mit Herzensgaben, vielleicht ein ganz großes militärisches Talent, aber im Besitz der Fähigkeit, sich aus den europäischen Instrumenten die besten auszufuchen und zur Einübung von Sterntruppen zu verwenden. Seine bewaffnete und regelmäßige beflockte Armee bildet den Hauptartikel der Verfassung, auf die er sich als Präsident der in Nanjing residierenden Nationalregierung stützt. Mit dieser Armee hat er in den letzten Julistagen den großen kommunistischen Aufstand in den Provinzen Kiangsi und Fukien durch eine glänzend geführte Umfangsbesetzung gewaltsam und vernichtend niedergeschlagen. In dem riesigen China hat sich unter einer durch die ewigen Marschallskriege verarmten Bauernbevölkerung eine kommunistische Bewegung gebildet, die sich namentlich im Süden mit Nachbildung des Sowjetsystems betätigte. So entstand unter den Augen der Nationalregierung ein kommunistischer Staat und man musste mit der Gefahr weiterer Ausbreitung und der Bolschewisierung zunächst des ganzen Südens rechnen. Der chinesische Kommunismus ist ebensoviel frisch wie der russische. Er arbeitet mit den Mitteln des Terrors. Er lässt eine rote Armee, die den Machthabern in Nanjing sehr gefährlich werden konnte, zumal sie in der verarmten Bevölkerung fest verankert war. Die Bauern versteckten willig die Soldaten, sie teilten mit ihnen die Nahrung, die sie noch haben und verraten sie nicht. Ein solcher Verrat würde dem Verräter das Leben kosten, ja mehr als das Leben, denn man würde ihm mit den raffiniertesten Quallen drohen. Man kann begreifen, dass Tschiang Kai-shek einen Vernichtungsfeldzug gegen die Roten beschlossen hatte.

Es sollen 20 000 Gefangene, 15 000 Gewehre, außerdem Geschütze und Maschinengewehre in die Hände des Siegers fallen sein. Das Schicksal der gefangenen Kommunisten wird furchtbar sein. Das Schicksal der gefangenen Kommunisten wird furchtbar sein. Es ist nicht chinesischer Brauch, solche Gefangenen als Kriegsgefangene zu behandeln. Wird die furchtbare Repression über den Kommunismus in China vernichten? Wird sie das von Tschiang Kai-shek doch jedenfalls angestrebte bürgerlich-demokratische Wirtschaftssystem in China ermöglichen? Das zweite sehr ernsthafte China, denen wir hier diese Frage vorlegten, recht zweifelhaft. Das Land ist so ungeheuer groß, das Elend fast noch größer als das Land, das der Boden für bolschewistische Bauern- und Arbeiteraufstände überall vorbereitet ist. Ganz China vom Kommunismus zu befreien, ist wohl heute schon eine nicht mehr mit den Waffen zu lösende Aufgabe. Es heißt, Tschiang Kai-shek habe den guten Willen zu Reformen und wolle die Bevölkerung dafür durch Propaganda gewinnen. Reformen führen sich aber in China noch schwerer durch als in anderen Ländern. Der Chinesen hat nicht den nüchternen Sinn des Japaner, die vor zwei Menschenaltern, als die Regierung ihnen sagte, man müsse sich europäisieren, einfach erwiderten: „Gut, dann europäisieren wir uns.“ Der Chinesen hängt an Bräuchen und Ritusbräuchen. Bei aller Intelligenz der Arbeiter war es lange Zeit nicht möglich, sie an die Anwendung von Maschinen zu gewöhnen. Die Leute mochten die Arbeit lieber mit einfachen, mit der Hand geführten Werkzeugen — sie machten sie besser, aber natürlich langsamer. Und was die Missbräuche an betrifft, so braucht man nur die Berichte des Böllerbundes über Menschenhandel zu lesen. Es gibt doch in China noch heute von allen Arten — von der milden Kinderadoption bis zur harter Sklaverei. China ist kein Land, sondern eine Welt. Die alten Kaiser wussten, weshalb sie diese Welt mit ihren ungemeinen Kulturverschiedenheiten mit weiser Zentralisation durch sehr selbständige Vizekönige regieren ließen. Der Kampf der Marschälle ist, vom historischen Gesichtspunkt aus, ein in wilden Formen geführter Kampf gegen die von den demokratischen Reformen geplante Zentralisation.

Die Brünning-Neben nach Amerika übertragen

New York, 5. August.

Die Übertragung der Rundfunkansprache des deutschen Reichskanzlers, die von einem Dolmetscher ins Englische übersetzt wurde, war ausgezeichnet; sie wurde im ganzen Land durch Radio verbreitet.

Die Sparkassen zahlen ab Montag voll aus.

Sparstellen und Reichsbank.

■ Berlin. Wie WTB-Handelsdienst erfährt, hat sich die Reichsbank gründlich bereit erklärt, den Sparkassen die für die Durchführung ihres Zahlungsverkehrs erforderlichen Beträge in dieser Woche und in der nächsten Woche zur Verfügung zu stellen. Es ist allerdings noch nicht entschieden, in welcher Form die Finanzierung dieser Beträge erfolgt; darüber werden noch Verhandlungen geführt.

Man rechnet ab Montag nächster Woche bei den Sparkassen mit der Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs im lohnähnlichen Rahmen. Das würde bedeuten, dass ohne Kündigung wieder 300 RM. auf jedes Sparkonto ausgezahlt werden dürfen.

Reichsaufsicht über die Banken?

■ Berlin. Wie das „B. T.“ meldet, hat die Reichsregierung die Absicht, das von vielen Seiten geforderte Aufsichtsamt für das Bankengewerbe in diesen Tagen ins Leben zu rufen. Das Blatt erwartet, dass der Reichskanzler auch diesen Plan in seiner heutigen Rundfunkrede als einen Beweis dafür anführen werde, dass die Regierung alles tue, um das Vertrauen des In- und Auslands zum deutschen Geldwesen wieder herzustellen. Die weitere Vermutung des Blattes, dass es sich um die Schaffung eines selbständigen Amtes mit einem besonderen Leiter an der Spitze handle, dürfte unrichtig sein; es ist vielmehr anzunehmen, dass es innerhalb der Reichsbank eingerichtet wird.

Der Zahlungsverkehr.

■ Berlin. Nach den hier vorliegenden Meldungen aus allen Teilen des Reichs herrsche angesichts der heute erfolgten Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs allgemein zuversichtliche Stimmung. Die Einzahlungen bei den Kreditinstituten übertreffen zum Teil die Auszahlungen. Vorbereitungen, um allen Ansprüchen zu genügen, sind getroffen, doch wird überall vermutet, dass die Ansprüche sich nicht wesentlich über das erwartete normale Ausmaß ausdehnen werden.

Im einzelnen wird u. a. berichtet:

Leipzig: Bei den Sparkassen weisen die Abhebungen eine rückgängige Tendenz auf. Die Beruhigung hat weitere

Vorstritte gemacht. Aus Kreisen des Lebensmittelgewerbes sind größere Einzahlungen erfolgt.

Dresden: Der Zahlungsverkehr wickelt sich jetzt und normal ab. Bei den meisten Banken sind die Einzahlungen höher als die Auszahlungen.

Magdeburg: Bei den Bankinstituten wurde teilweise die 300-M.-Auszahlungsgrenze nicht mehr ausgenutzt. Die Einzahlungen sind größer als die Auszahlungen gewesen. Bei den Kleinbanken war durchweg ruhiger Verkehr. Es wurden nur geringe Diskonten vorgenommen.

Dessau: Bei den Privatbanken haben die Einzahlungen die Auszahlungen erheblich übersteigen. Angestrebten sind gar nicht mehr vorgekommen. Vereinzelt sind einige Einzahlungen auf Sparkonten zu verzeichnen. Das Publikum verhält sich sehr ruhig. Man rechnet auch bei den Sparkassen mit seinem besonderen Auftritt.

Amerikas Bankiers für Revision.

New York, 5. August.

Der Bankenunterausschuss, der den Vorschlag des Reichsbankpräsidenten Dr. Luicher wegen einer Kreditverlängerung prüfe, hat jetzt den Banken seine Empfehlungen unterbreitet. Diese Empfehlungen seien auch nach London und an die Banken in anderen amerikanischen Städten telegraphisch weitergeleitet worden.

Wie es heißt, sollen die Empfehlungen eine bessere Anpassung des Vorschlags an die Erfordernisse des amerikanischen Marktes verlangen, allerdings so, dass Deutschland keine weiteren Kosten aufzubürden werden. Man würde es hier gern sehen, wenn die amerikanischen Empfehlungen nach ihrer Annahme in eine deutsche Verordnung aufgenommen würden, die allen Gläubigern gleiche Behandlung zusichern würde. Die von Deutschland getroffenen Notmaßnahmen werden als sehr klug und weise bezeichnet, doch wurde ebenfalls betont, dass nur die Neuregelung der Reparationsfrage Deutschland retten könne. Von einer Seite wurde es sogar als notwendig bezeichnet, dass das B.I.Z.-Komitee sich auch mit dieser Frage in irgendeiner Form befasse. Werner wurde erklärt, dass Deutschland fraglos weiter kurzfristige Kredite braucht und dass es sie auch erhalten werde. Die einzige Frage hierbei sei die der Sicherheit. — Die Empfehlungen des Unterausschusses wurden dem Hauptrat unterbreitet, der am heutigen Mittwoch zu weiteren Beratungen zusammentritt.

Deutsch-französische Friedensstundgebung.

■ Freiburg. Als Auftakt zum 11. Internationalen Demokratischen Friedenskongress, der unter der Leitung von Marc Sangnier-Paris vom 5. bis 9. August in Konstanza stattfindet, wurde am Dienstag abend in Freiburg eine deutsch-französische Friedensstundgebung veranstaltet, die außerordentlich stark besucht war. Im Auftrag des Freiburger Friedenskariäts begrüßte Professor Dr. Hauser alle Gesamtgruppen, insbesondere den Hauptredner des Abends, Marc Sangnier, der bereits vor 8 Jahren zur Zeit des Ruhrkampfes in Freiburgs Mauern weilte und für die Friedensidee gesprochen hat. Nach weiteren Begrüßungsansprachen durch einen spanischen, englischen und französischen Vertreter der Friedensfreunde nahm der Hauptredner des Abends, Marc Sangnier, das Wort. Er erinnerte zunächst an die Tagung vor 8 Jahren in Freiburg. Seit dieser Zeit sei von den Friedensfreunden energisch und mit Erfolg gearbeitet worden. Die Franzosen hätten Mitgefühl mit der materiellen Not des deutschen Volkes, und die französische Regierung habe die Aufgabe, aktiv an einer Unterstützung mitzuwirken. Alle Friedensfreunde müssten den Frieden psychologisch und moralisch vorbereiten. Die Friedensarbeit erfordere mehr Mut als die Arbeit für den Krieg. Auf der kommenden Wirtschaftskonferenz müsse jede Regierung mit einem klaren Ja oder Nein antworten. Mit einem Appell an die Zusammenarbeit aller Menschen für den Frieden schloss Marc Sangnier seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Ansprache.

Besichtigung des Reichsrats am Donnerstag.

■ Berlin. Der Reichsrat tritt am Donnerstag, den 6. August, nachmittags 5 Uhr, zu einer Besichtigung im Reichstagsgebäude zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Entwurf eines Kunderlasses des Reichsfinanzministers über die Heraussetzung der Tage- und Nebenkost-

tungsgelder der Reichsbeamten sowie Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Kellereienverordnung; ferner Verordnungen über die Erweiterung des Nachschubzuges für das Konfektionsgewerbe, die Wallfahrtswirtschaft und die Hofenträgerkonfektion. Ein Düsseldorf, und über den Nachschubzug für das Konfektionsgewerbe usw. Siz Dresden. Außerdem hat sich der Reichsrat mit einem Antrag der Schulteis-Pagenhofer A.-G. auf Eintritt in den mit der Brennerei und Pfefferfabrik A.-G. Tornesch G. m. b. H. in Tornesch geschlossenen Vertrag zu beschäftigen.

Zugegangen ist dem Reichsrat inzwischen auch der Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung außerordentlicher Vorschriften in die ordentliche Gesetzgebung (Überleitungsgesetz).

Die „Sächsische Wirtschaftspartei“ protestiert gegen die Unterbindung der Bauwirtschaft.

■ Dresden, 4. August. Die „Sächsische Wirtschaftspartei“ hat folgende Enthüllung gefaßt und an die Sächsische Regierung gegeben.

Die Sächsische Wirtschaftspartei erhebt schärfsten Protest dagegen, dass durch behördliche Maßnahmen in Sachsen die Bauwirtschaft unterbunden, die Arbeitslosigkeit vermehrt und das gesamte Baugewerbe katholisch ruiniert wird.

Es ist erwiesen, dass Gemeinden zugelagte und gesetzlich festgelegte Summen aus der Mietzinssteuer dem Wohnungsbau entziehen, ja sogar vom Staat überwielene Betriebe rechtswidrig für Unterhaltungszwecke verwenden. Diese unglaublichen Vorkommen haben zur Einstellung von begonnenen Wohnungsbauten geführt und vermehren das große Heer der in Sachsen vorhandenen Erwerbslosen.

Die Sächsische Wirtschaftspartei erwartet von der sächsischen Regierung umgehend schärfste Maßnahme, um diese unglaubliche Politik der weiteren Förderung der Arbeitslosigkeit in Sachsen wirksam zu unterbinden und um die Bauwirtschaft in Sachsen aufrecht zu erhalten.